

53. Sicherheitspolitische Informationstagung
der Clausewitz-Gesellschaft e.V.
und der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg zum Thema

„Stärkung von Resilienz und nationaler Führungsfähigkeit im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung“

Bericht über Vortrag zum Thema

"Aktuelle außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen."

Gehalten von Dr. Karl-Heinz Kamp, damals Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Dr. Kamp wies eingangs ausdrücklich darauf hin, dass sein Vortrag seine persönliche Meinung wiedergebe und nicht als offizielle Stellungnahme der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zu werten sei.

Er leitete seine inhaltlichen Ausführungen dann mit zwei grundlegenden Fragen ein:

- Was sind derzeit die wesentlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland bzw. welcher potentiellen Bedrohung sieht sich aktuell die NATO gegenüber?
- Wie stellen sich Deutschland und die NATO auf die Herausforderungen bzw. potentiellen Bedrohung ein?

Er nannte dann in Schlagworten sechs ausgewählte Sicherheitsprobleme, die er im Verlauf seines Vortrags eingehender erläuterte:

1. Russlands anti-westliche Außenpolitik (Aggressionskurs)
2. Zerfall des Nahen und Mittleren Ostens
3. Islamistische oder terroristische Gewalt (mittlerweile auch in Deutschland)
4. Mögliche Konflikte im asiatisch-pazifischen Raum
5. Die Krise der Europäischen Union
6. Der unklare Kurs der USA als Führungsmacht seit Amtsantritt von US-Präsident Trump.

Zu den o.a. Punkten nahm er dann wie folgt Stellung:

I. Zu Russlands Politik

Der Vortragende sieht einen grundlegenden Konflikt mit Russland in dreierlei Hinsicht:

- (1) Russland definiert sich seit einer ganzen Weile als antiwestliche Macht. Lange Zeit habe der Westen eine Illusion gepflegt, Russland werde sich nach westlichen Vorstellungen ausrichten. Das habe sich als Trugschluss erwiesen. Von der russischen Führung seien inzwischen Töne zu vernehmen, die ein wenig an völkisches Gedankengut erinnerten. Russland wolle bewusst nicht westlich sein. Gelegentlich äußere es zudem slawische Überlegenheitsphantasien.
- (2) Russland definiere sich und seine Umgebung oder denke wieder bzw. immer noch in Einflussphären. Es definiere bestimmte Regionen, wo es Einfluss besitzen wolle und gestehe den Ländern in diesen Regionen nur ein geringeres Maß an Souveränität zu. Das widerspreche klar den westlichen Wertevorstellungen, denen zufolge alle Staaten die gleiche Souveränität haben. Russland betrachte das „nahe Ausland“ mit nationalistischem, egozentrischem Blick als „Cordon Sanitaire“. Es bestehe auf einem Sicherheitsabstand zum „potentiellen Gegner“. Deshalb habe es auch die NATO- und EU-Erweiterung vehement bekämpft. Russlands Denken in geopolitischen Kategorien habe seinen Ursprung in der Historie. Seit Napoleon und Hitler betrachte Russland vor allem größtmögliche Entfernung zum potentiellen Gegner als Schutz. Dieser vor allem auch emotionalen Betrachtungsweise könne man nur schwer mit westlichen Sachargumenten, wie „die NATO-Erweiterung ist stabilisierend“, begegnen.
- (3) Seit 2014 ändere Russland Grenzen mit Gewalt. Es setze Macht ein, um eine eigene Großmachtvorstellungen durchzusetzen. Es habe Soldaten auf dem Territorium eines anderen Landes. Es breche Verträge, und es verletze ein Grundprinzip in Europa, nämlich die Unverletzlichkeit der Grenzen. Und dieser dritte Punkt sei entscheidend, weil er einen überaus empfindlichen Nerv des Westens und vor allem der Europäer treffe. Deshalb stelle die Krise von 2014 durchaus einen sicherheitspolitischen Klimawandel dar. Die Krim-Annexion bzw. Russland Eingreifen im Osten der Ukraine sei „Game Changer“; die nach dem Ende des Kalten Krieges geschaffene europäische Friedensordnung gelte nicht mehr und wir seien im Grunde wieder in der Artikel 5-Welt. Seit 2014 sei militärische Verteidigung wieder eine reale Option.

II. Zum Zerfall des Nahen oder Mittleren Ostens bzw. der „Middle East and North Africa“ (MENA) Region

Nach Dr. Kamps Auffassung geht die Entwicklung in MENA deutlich über das hinaus, was man ohnehin in dieser nie besonders stabilen Region in den letzten Jahren oder Jahrzehnten gesehen habe. Im Grunde seien das keine Krisen und keine Revolutionen, weil Krisen oder Revolutionen irgendwann zu einem Ende kämen. Dann habe man eine neue Ordnung. In MENA sehe man hingegen die dauerhafte Erosion von Staatlichkeit. Staaten hörten auf zu existieren; staatliche Ordnung höre auf zu existieren. Die markantesten Beispiele sehe man in Syrien, in Libyen, im Jemen und auch im Irak. Die alten Länder Syrien und Irak werde es vermutlich in der früheren Form künftig nicht mehr geben. Die Situation sei eher vergleichbar mit dem 30-jährigen Krieg. Der 30-jährige Krieg sei ein Gemisch aus Machtinteressen, Religion und kulturellen Gegensätzen gewesen. Es sei dabei um ganz verschiedene, miteinander verflochtene Dinge gegangen, aus deren Gründen dann Krieg geführt worden sei.

Ziehe man den 30-jährigen Krieg als Vergleich für die gewaltsamen Konflikte in MENA heran, dann zeige sich ein doppeltes Problem:

- Der historische 30-jährige Krieg habe 30 Jahre lang gedauert. Dies könne auch der Zeithorizont sein, auf den man sich mit Blick auf Gewalt oder Staatszerfall im Nahen und Mittleren Osten einstellen müsse. Und das könne man ebenfalls auf Afrika weiter ausdehnen.
- Der 30-jährige Krieg sei bekanntlich nicht zu Ende gegangen, weil einer gewonnen habe. Er sei vielmehr erst nach der völligen Erschöpfung aller Beteiligten beendet worden. Ein markantes aktuelles Beispiel für einen unsäglichen permanenten Ermüdungskampf zeige sich in Libyen.

Ein besonderes Problem erwachse bei den Konflikten in MENA daraus, dass im Grunde keine staatliche Ordnung mehr existiere. Damit fehlten letztlich jegliche Kräfte, für die oder gegen die man intervenieren könnte. Damit blieben Mittel zur Intervention, egal ob politisch, militärisch oder auch wirtschaftlich stumpf bzw. wirkungslos. Und hinzu komme rasch auch ein Druck der Öffentlichkeit, der letztlich eine Interventionsmüdigkeit bewirke. Man wolle schließlich nicht mehr Geld oder gar Soldaten für einen Konflikt opfern, wo man ziemlich sicher sein könne, dass die Lage nach der Intervention, selbst wenn die Intervention halbwegs ordentlich oder nach dem Lehrbuch verlaufe, schlimmer sei als vorher. Dr. Kamp nannte Libyen als markantes Beispiel.

Angesichts dieser Lage habe man ein grundlegendes Problem. Hinzu komme, dass die Mächte in der Region selber und auch die, die von außen hereinwirkten, häufig die Konflikte geradezu weiter anheizten und somit das eh vorhandene Gemisch einer komplett unübersehbaren Anzahl von Akteuren mit anderen externen Akteuren nochmals deutlich komplexer und schwieriger lösbar werden ließen.

Natürlich könne eine Politik völliger Enthaltung oder Passivität unsererseits nicht angemessen oder gar ausreichend sein. Es gelte letztlich Verantwortung im Sinne möglicher Konfliktlösung oder Stabilisierung zu übernehmen. Deutschland habe das beispielsweise durch die Lieferung von Waffen an die Peshmerga geleistet.

III. Zur terroristischen und islamistischen Gewalt (auch in Deutschland)

Dr. Kamp stellte fest: Wenn wir in einer Region, da in unserer (europäischen) Nachbarschaft liegt, nicht stabilisieren können, mit welcher Form auch immer, dann müssen wir mit den Konsequenzen der Gewalt dort leben. Das sind Migration, Terrorismus und aktuell auch islamistische Gewalt. Vermutlich würden wir auch in Deutschland weitere extremistische Gewalt erleben. Das sei letztlich auch eine Frage der Statistik. Einen 100%igen Schutz könne es nicht geben.

IV. Zu möglichen Konflikten im asiatisch-pazifischen Raum

In dieser Region brauen sich nach Dr. Kamps Bewertung gefährliche Konflikte zusammen. Wir sähen ein aufsteigendes China, das es bereits in beachtlicher Weise geschafft habe, von bitterer Armut zu einem hochleistungsfähigen Staat aufzusteigen. Wenn allerdings die Macht eines Akteurs in einer Region anwachse, dann kollidiere das automatisch mit den Interessen und Mächten anderer Akteure, also im konkreten Fall Japan oder Südkorea, aber auch mit denen der USA.

Eine neue Qualität zeige sich darin, dass China aus Inseln (im Südchinesischen Meer) sehr schnell und massiv militärische oder militärisch nutzbare Stützpunkte auf- und ausbaue, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Dabei gebe es heute im Prinzip keinen Schutz mehr durch geographische Distanz. Es bestehe u.a. auch die Möglichkeit der Bedrohung vitaler deutscher Interessen und vitaler europäischer Interessen aus der entfernten Region, was sich insbesondere an drei neuralgischen Punkten zeige:

- (1) Durch die Straße von Malakka fahren im Jahr mehr als 80.000 Schiffe. Würde sie aufgrund eines Konfliktes zwischen China und Japan z.B. geschlossen, hätte das massive Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Unser Wirtschaftssystem sei auf den

permanenten, gesicherten Fluss von Waren und Gütern, meist über See, in vitaler Weise angewiesen.

- (2) In der Region Asien/Pazifik sind fünf Atommächte präsent: Russland, China, Indien, Pakistan und Nordkorea. Eine sechste Atommacht, nämlich die USA, wirken von außen in die Region hinein. Alle sechs Nationen hätten ein mehr oder weniger kompliziertes Verhältnis zueinander. Eine Nuklearkrise mit potentiell katastrophalen, ebenfalls vitalen Auswirkungen beispielsweise auf uns, sei nicht auszuschließen.
- (3) Einen Artikel-5-Fall im asiatisch/pazifischen Raum könne man ebenfalls nicht ausschließen. Falls Nordkorea beispielsweise eine konventionelle Rakete auf Alaska schieße, was durchaus im Bereich seiner Möglichkeiten läge, dann hätten wir einen Fall nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrages und auch Deutschland könne dann aufgefordert sein, seine Bündnissolidarität zur Verteidigung der USA zu beweisen.

V. Zur Krise der Europäischen Union

Dr. Kamp wies darauf hin, dass ungeachtet der bereits genannten Probleme, auch weitere Risiken und potentielle Bedrohungen nicht aus dem Blickfeld geraten dürften. Dabei nannte er den Cyber- und Informationsraum. Obwohl angesichts der skizzierten Lage Europa eigentlich geschlossen und wirkungsvoll seine Sicherheitsinteressen wahrnehmen und seine Zukunftsfähigkeit gewährleisten müsse, sei die EU eher mit sich selbst beschäftigt. Im Lichte der zahlreichen Erosionserscheinungen bestehe durchaus die Gefahr, dass das „Experiment der Europäischen Integration“ scheitern könne. Dieses Europa befinde sich in einer ganz tiefen Krise; der BREXIT sei nur ein Teil davon. Das eigentlich tragische am BREXIT für Europa sei, dass die Bevölkerung in einem nicht unwichtigen Land, in der Mehrheit eine Grundüberzeugung nicht mehr teile, unter der wir alle aufgewachsen seien, nämlich dass europäische Integration gut und für alle von Vorteil sei.

Zugleich zeige sich daran auch das tiefere Problem: Es gäbe einfach keine Einigkeit mehr in der Europäischen Union. Das komme holzschnittartig u.a. darin zum Ausdruck, dass Osteuropa in der Frage der Menschenrechte völlig anders denke als andere. Wir teilten nicht mehr die gleichen Werte. Wir hätten Länder, die ihre eigene Unfähigkeit, sich zu reformieren, immer wieder auf Europa schieben würden. Es sei geradezu absurd, wenn beispielsweise eine italienische Regierung ihre Interessen gegen Europa verteidige, gegen die EU verteidige, so als wäre man nie freiwillig dieser EU beigetreten und so, als würde man nicht jeden Tag von dieser EU profitieren. Das Grundproblem bestünde darin, dass wir bei etlichen Themen einfach keinen Konsens in der EU finden könnten.

VI. Zum Ende der USA als westliche Führungsmacht

Mit dem Ausdruck großer Besorgnis wies Dr. Kamp auf die aktuelle Entwicklung in den USA hin. Die Politik von Präsident Trump erscheine unberechenbar und bisweilen nicht rational. Die absehbaren Folgen würden jedoch wahrscheinlich weit über seine Amtszeit hinausreichen. Es sei anzunehmen, dass das internationale Engagement der USA weiter nachlassen werde. Es habe bereits erheblich nachgelassen und es werde weiter nachlassen. Die Idee der Führung und des Multilateralismus sei in den USA nicht mehr populär. Die USA erwiesen sich zunehmend als ein gespaltenes Land mit deutlich geschwächter Führung, zumindest in der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Teil der Probleme, die im Nahen und Mittleren Osten bestünden, seien auch daran festzumachen, dass es an amerikanischer Führung fehle. Auch die Türkei hätte im Angesicht stärkerer, konsequenter und effektiver amerikanischer Führung wahrscheinlich nicht so gehandelt, wie sie derzeit handelt. Der Vortragende nannte es dramatisch, dass sich die derzeitige US-Administration, trotz zahlreicher Skandale und Probleme, immer noch einer starken Unterstützung ihrer Wählerschaft erfreue. Eine Folge der problematischen, unberechenbaren Haltung des US-Präsidenten sei es u.a., dass die Rolle der USA als westliche Führungsmacht weiterhin enormen Schaden erleide. Die über viele Jahrzehnte geschätzte und geachtete „Idee des Westens“ gelte nicht mehr, wenn der „Führer dieses Westens“ Lüge salonfähig mache, Widersprüche zur Logik erkläre, Inkompetenz als Qualität darstelle und Grundprinzipien der Demokratie in Frage stelle.

VII. Überlegungen zu Lösungsansätzen

Dr. Kamp wies auf die seit 2014 mehrfach genannte und inzwischen auch weitgehend unbestrittene Forderung hin, dass Deutschland und Europa mehr eigene Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müssten. Es habe zwar Veränderungen in diesem Sinne gegeben, aber es bedürfe weiterer verstärkter Anstrengungen und Taten. Hierzu nannte er sieben Punkte oder Handlungsempfehlungen, die man für verantwortliche deutsche Außen- und Sicherheitspolitik oder NATO-Sicherheitspolitik im Auge behalten sollte.

1. Es gelte nach wie vor die Erkenntnis, dass die eigene Sicherheit das Engagement in der Welt erfordere. Das klinge möglicherweise banal; das sei es für die deutsche

Öffentlichkeit jedoch nicht. Die häufig anzutreffende Haltung, dass Zurückhaltung mehr Sicherheit bringe, stimme einfach nicht mehr.

2. Wir lebten in einer global vernetzten Welt. Deshalb dürften wir auch Asien nicht aus dem Blick verlieren. Wir müssten mit wachem Interesse verfolgen, was in dieser Region passiere. Zudem werde die transatlantische Lastenteilung sich künftig wesentlich stärker als in der Vergangenheit auch in und um Asien abspielen. Deshalb sei es notwendig und wichtig frühzeitig zu erfahren, was unser wichtigster Bündnispartner, die USA, von uns in dieser Region erwartet.
3. Es sei zu erkennen und anzuerkennen, dass Unsicherheit eine Konstante ist, mit der wir leben müssten. In diesem Zusammenhang erwähnte Dr. Kamp den Begriff „Resilienz“. Unsere Gesellschaften müssten fähig und in der Lage sein, bei Anschlägen oder irgendwelchen Arten von externen Schocks Panik zu vermeiden, ein hinreichendes Maß an Führungsfähigkeit zu bewahren und vitale staatliche sowie gesellschaftliche Funktionen zu gewährleisten oder rasch wiederherzustellen. Hierbei komme der Resilienz „Kritischer Infrastrukturen“, insbesondere Kommunikations- und Informationssystemen (Cyber), Strom-, Wasser- und medizinischer Versorgung eine herausragende Bedeutung zu. Das sei auch eine Herausforderung und vordringliche Aufgabe für die EU und die NATO.
4. Es gelte deutlich zu machen, dass Sicherheit heute das gesamte Spektrum staatlichen Handels erfordere. Sicherheitsvorsorge heute sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, die ressortübergreifende Kooperation aller relevanten Politikbereiche erfordere. Angesichts der zunehmenden Verwischung der Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit komme einer modernen, effizienten Form der zivil-militärischen Zusammenarbeit ein besonderer Stellenwert zu.
5. Es müssten auch die unangenehmen Fragen in der deutschen/europäischen Sicherheit angegangen werden. Das betreffe nicht zuletzt die Frage von Rüstungsexporten bei Kooperationen im europäischen Rahmen. Wenn man zusammen „mehr Europa“ haben wolle, dann müsse Deutschland seine Position deutlich, nachvollziehbar klären und dementsprechend auch kommunizieren.
6. Vor dem Hintergrund der für uns weiterhin essentiellen und vitalen Bedeutung der transatlantischen Beziehungen gelte es einen intensiven Dialog mit den USA auf allen zugänglichen Ebenen aufrecht zu erhalten. Man müsse dabei den USA immer

wieder auch die Bedeutung eines geeinten und starken Europas als Partner für die USA und als tragenden Pfeiler innerhalb des transatlantischen Bündnisses erklären. Dabei sollte die unverzichtbare Bedeutung der NATO für die kollektive Verteidigung und als Institution mit ständiger funktionsfähiger Führungsstruktur unterstrichen und die spezifischen europäischen Fähigkeiten komplementär ergänzend zur NATO, jedoch nicht in Konkurrenz zum Bündnis herausgestellt werden. Das könne durchaus mit Selbstvertrauen vertreten werden, da amerikanisches Engagement in Europa kein Akt des Großmutes sei, sondern auch amerikanischen Interessen diene. Gleichzeitig müssten wir unserer eigenen Öffentlichkeit erklären, dass man die USA nicht auf die derzeitige Trump-Administration reduzieren dürfe und dass es auf absehbare Zeit keine Alternative zu einem intakten transatlantischen Verhältnis als Sicherheitsgarantie gebe. Es sei dabei auch notwendig zu betonen, wie wichtig es sei, dass wir nicht in einen Antiamerikanismus abgleiten und damit unsere eigene Sicherheit untergraben.

7. Es gelte nachhaltig die Erkenntnis zu vermitteln, dass Sicherheit Geld kostet, sowohl die innere Sicherheit wie auch die äußere Sicherheit. Dabei komme es u.a. auch darauf an herauszustellen, dass unsere Streitkräfte heute wieder ihre grundlegenden und hinreichenden Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung erlangen müssen. In diesem Sinne sollte auch die „2 %-Debatte“ zu den von der NATO geforderten und von Deutschland frühzeitig akzeptierten, jedoch noch nicht hinreichend umgesetzten Verteidigungsleistungen geführt werden. Dabei sei natürlich auch immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir Soldaten, die mit Billigung des Parlaments in gefährliche Einsätze geschickt werden, das Recht haben, optimal ausgestattet zu sein. Auch hierzu bestehe weiterhin ein Nachholbedarf. Ergänzend unterstrich Dr. Kamp die Bedeutung der Einhaltung gegebener Zusagen für die notwendige Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit im Bündnis.

Der Vortragende zitierte abschließend die Bundeskanzlerin mit den Worten: „Ich kann mir die Krisen, die ich angehen muss nicht aussuchen und ich kann mir auch diejenigen, mit denen ich diese Krisen angehen muss, nicht aussuchen.“

Zum Referenten:

Dr. Karl-Heinz Kamp ist ein deutscher Politikwissenschaftler. Von 2015 bis 2019 war er Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Seit Oktober 2019 ist er der

„Beauftragte sicherheits- und verteidigungspolitische Schwerpunktaufgaben“ in der Abteilung
Politik des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin